

Raddatz: Aus Dialog ist Kultur-Kolchose geworden



Gestern fand in Berlin die vom Bundesinnenministerium und der Herbert-Quandt-Stiftung veranstaltete „Fachkonferenz“ zum Thema „Das Islambild in Deutschland: Alte Stereotype, neue Feindbilder?“ statt (PI berichtete). Wir haben uns mit dem Orientalisten Hans-Peter Raddatz über Sinn und Unsinn einer solchen Konferenz unterhalten.

PI: Herr Raddatz, wie beurteilen Sie die von Innenminister Schäuble initiierte Konferenz, die gestern in Berlin über die Bühne ging?

Raddatz: Ihre Frage lässt sich nicht mit einer Antwort erledigen, wengleich Sie mit dem Ausdruck „Bühne“ bereits einen wesentlichen Aspekt des sogenannten „Dialogs“ erfassen. Es sind Inszenierungen, die dem Publikum die Illusion einer aufgeklärten und aufklärenden Diskussion vermitteln sollen. Wie vieles andere in unserer Mediengesellschaft ist der Islamdialog in besonderem Maße auf Darsteller angewiesen, die dem angestrebten Effekt der Islamisierung dienen. Dazu war die von Ihnen angesprochene Aufführung aus Sicht der Veranstalter

besonders geeignet.

PI: Für Sie scheint hier schon einiges festzustehen. Können Sie das etwas näher erläutern?

Raddatz: Unabhängig davon, dass das Fernsehen die Übertragung abgesetzt hat, bildet die gestrige Vorstellung den Prototyp für die mediale Kulturpräsentation, die sich zu einer Art entspannter Polit-Dressur entwickelt hat. Was die Akteure „Dialog“ nennen, stellt sich eher als Monolog dar, dessen Klischees nicht ohne Wirkung auf das öffentliche Bewusstsein geblieben sind. Schon das Motto „Islambild in Deutschland – alte Stereotype, neue Feindbilder“ bildet für sich bereits eines der Super-Klischees, die sich in allerlei Varianten, aber deckungsgleich durch die letzten vier Jahrzehnte ziehen.

Wir haben es mit einem selbstverstärkenden Meinungsdictat zu tun, das durchaus auch das Potential für die Anbahnung radikalerer Tendenzen enthält. Da die Quandt-Stiftung von Hause aus ergebnisorientiert denkt, hat sie eine Auswahl sorgfältig dressierter Akteure zusammengestellt, um ihre Investition abzusichern und keine Überraschungen zu erleben.

PI: Klingt diese Einschätzung nicht überspitzt? Es hat sich doch sicher auch einiges geändert, und ebenso sicher lassen sich nicht alle Teilnehmer über einen Kamm scheren.

Raddatz: Das ist nur bedingt richtig. Gerade weil der „Dialog“ mit mehrdeutigen Stereotypen wie „Frieden“, „Toleranz“, „Respekt“ etc. arbeitet und die Noch-Mehrheitsgesellschaft vor „Generalverdacht“ gegenüber dem Islam warnt, ist die Zahl der Moscheen in Europa in den letzten 35 Jahren um 1000 Prozent gestiegen. Trotz – oder vielleicht auch wegen – des wachsenden Respekts nahm dabei das Konfliktpotential zu, wie die Entwicklungen z.B. in Frankreich, England und nun auch – seit die Medien darüber berichten – in Deutschland zeigen.

Als überspitzt könnte meine Aussage gelten, wenn sich in diesem Verlauf nicht auch immer deutlicher eine ganz bestimmte

Praxis abgezeichnet hätte. Mit dem Wort vom „Feindbild“ wird suggeriert, die Gesellschaft richte sich feindlich gegen den Islam. Tatsächlich geht es hier um ein bewährtes Verhalten der Eliten, die ihr eigenes Feindbild auf den „Stammtisch“ der Gesellschaft projizieren. Aus ihrer Sicht scheint ein Weltbild vermittelt werden zu müssen, das sich primär nach islamischen Interessen richtet. Zweifel daran räumt die Konformität der proislamischen Propaganda in Politik, Wirtschaft, Justiz, Kirchen, Medien etc. selbst aus.

Während der Islamisierungsprozess dabei von trendbildenden Stereotypen lebt, ist das Feindbild selbst klar definiert. Wenn diejenigen, die einfach mehr Information und damit mehr Demokratie im Diskurs verlangen, zu „Rechtsradikalen“ und „Volksverhetzern“, zumindest einem „Sicherheitsrisiko“ werden, dessen etwaige Beseitigung durch gefühlverletzte Muslime „verständlich“ sein soll, dann könnten in der Tat radikalere Zeiten auf den „Stammtisch“ zukommen. Eine Bedingung scheint erfüllt: Aus der Chimäre eines vielfältigen, „interkulturellen Dialogs“ hat sich die Öde eines intellektuellen Kahlschlags, eine Art Kultur-Kolchose gebildet, auf der wenig mehr als Islam und Buddhismus angebaut wird.

PI: Wie sollte man Ihre Bestandsaufnahme auf die Quandt-Veranstaltung anwenden? Die Wortwahl, die sich auf das „Rechtsradikale“ fixiert, deutet wohl auf eine linke Dominanz hin, während man doch die Unternehmen eher in der rechts-konservativen Ecke vermutet.

Raddatz: Beides schließt sich nicht aus, wengleich die alten Links-Rechts-Muster verblassen. Links und Rechts lassen sich durchaus „interkulturell“ verbinden. Manche globale Unternehmen sehen sich inzwischen durch die UNO und EU in dem Bestreben unterstützt, im islamischen Interesse Einfluss auf die Institutionen der westlichen Staaten und die Interpretation der Menschenrechte zu nehmen.

Im lokalen Rahmen drückt sich das in der wachsenden Rolle der

Unternehmensstiftungen nicht nur in der Politikberatung, sondern auch im Design betroffener Wissenschaften aus. Unlängst bekannte sich zum Beispiel der „Menschenrechtler“ Heiner Bielefeldt wieder einmal zum Recht auf persönlichen Radikalismus: Es mache ihn „rasend“, wenn jemand frage, ob Islam und Demokratie überhaupt kompatibel seien, wohl wissend, dass die Muslime weder die Möglichkeit, noch das Interesse haben, sich um demokratische Strukturen zu bemühen. Schon vor Jahren hatte er bestritten, dass die überfüllten Gefängnisse in den islamischen Massenstaaten irgendetwas mit dem Islam zu tun haben, womit er die gleichen Leugnungsmuster nutzt, die Linke auf den GULAG und Rechte auf die KZ anwenden.

PI: Die These einer unausgewogenen Minderheiten-Politik leuchtet ein, aber wie lässt sich das wiederum an dem Quandt-Symposium ablesen?

Raddatz: Zunächst an der Auswahl der Teilnehmer, deren islamische Korrektheit hinreichend gewährleistet ist. Ebenso wenig wie der Regisseur einer Theatervorführung es seinen Schauspielern erlauben kann, irgendwelche beliebigen Texte zu sprechen, kann die Quandt-Stiftung das Risiko laufen, ein Symposium zu finanzieren, dessen Gesamtwirkung dem Unternehmensinteresse zuwiderläuft. Kulturpolitik der Unternehmen ist immer auch Unternehmenspolitik, was sich wiederum auf die Politik selbst auswirkt – inzwischen eine Selbstverständlichkeit für das Lobbytum der modernen Demokratie.

Gemessen an der Abhängigkeit der westlichen Technologie vom nahöstlichen Öl, aber auch dem wachsenden Einfluss islamischer Investoren auf den Wettbewerb der Fonds, Banken und Börsen, ist es eher verwunderlich, dass die Installation des authentischen Islam nicht schon viel weiter gediehen ist. Ich führe das auf die mangelnde Ausbildung und Kreativität der Dialogpersonals zurück, deren Mehrheit offenbar meint, sich auf den Floskeln des Friedens und Respekts ausruhen zu können.

Um hier weiterzukommen, braucht man Wortschöpfer wie den Soziologen Heitmeyer, dessen Rede von der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ neue Maßstäbe für eine verstärkte Disziplinierung des „Stammtischs“ setzt. In diesem Sinne sind auch die Podienthemen und ihre Schlüsselbegriffe wie „Normalisierung“, „Verantwortung“ und Islam als „selbstverständlicher Bestandteil“ der deutschen Gesellschaft zu verstehen. Um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit überhaupt ausschließen zu können, muss die Basisgruppe, die sogenannte „deutsche Gesellschaft“, sich selbst ausschließen. Verantwortliche Politik und Normalisierung des gestörten Verhältnisses zum Islam kann also nur gelingen, wenn störendes Wissen von und über den Islam auf ein islamverträgliches Maß reduziert wird. Wie auch der Innenminister folgerichtig betont hat, sollten solche Aussagen grundsätzlich positiv ausfallen.

PI: Kann es sein, dass sich hier etwas Satirisches ankündigt?

Raddatz: Wenn ein solcher Eindruck entstünde, würde ich ihm nicht widersprechen. Ganz im Gegenteil, wie die Geschichte zeigt, setzen Satire und Ironie – solange sie erlaubt bleiben – immer dann ein, wenn Aussichten bestehen, dass sich die „herrschende Klasse“ über die Grenzen ihrer Verantwortung, im vorliegenden Fall ihres Verfassungsauftrags, hinwegsetzen könnte. Bei der konzertierten Energie, mit der alle maßgeblichen Institutionen auf der Schonung des islamischen Weltbilds insistieren, lässt sich keineswegs ausschließen, dass wir Zeugen einer epochalen Umwälzung werden, in der auch die „Verantwortlichen“ nur reagierende Statisten sind. Solange sie jedoch den Anspruch auf demokratische Stellvertretung erheben, sollten sie auch deren Spielregeln auf sich anwenden lassen.

In bezug auf den „Dialog“ geschieht dies insofern nicht, als er sich mehrheitlich aus nicht legitimierten Akteuren zusammensetzt. Umso unbehinderter können sie bestätigen, dass die Scharia „kein Problem“ ist. Ob gewollt oder nicht – es entsteht ein politischer Wille, der sich nicht nur von der

Öffentlichkeit abschottet, sondern genau genommen auch rassistisch handelt. Denn solange die Frage der Religionsfreiheit nicht verbindlich und öffentlich nachvollziehbar geklärt ist, sind beide Mehrheiten – die europäische und muslimische – auch schweigende Mehrheiten, weil beiden Seiten die demokratische Mitsprache verwehrt ist.

PI: Vielen Dank für das Gespräch.